

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnenpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gezeichneten Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Das staatsmännische Dreigestirn.

* Leipzig, 11. November.

Auch die lederne alte Tante Voss kann einmal Recht haben, und wenn sie meint, das Centrum gleite mit seinem Antrag auf Abänderung der Geschäftsaufstellung eine schiese Ebene hinab, so trifft das ohne Zweifel zu. Denn der Vorschlag, die namentlichen Abstimmungen durch Abstimmungen mit Zetteln, wie sie im Frankfurter Parlament gebräuchlich waren, zu ersehen, wird die Verhandlungen nicht viel vorwärts bringen. Schon werden noch „schärfere“ und „einschneidendere“ Maßregeln in Aussicht gestellt. Aengstliche Gemüter sprechen schon von einem „Selbstmord“ des Reichstags und glauben, aus dem Zusammenspiel der „Obstruktion“ der Linken und der Reaktionsgelüste des Centrums und der Rechten werde eine Reaktion entspringen, die den ganzen Parlamentarismus verschlingen werde. Nein, ein Parlament, das daran untergeht, daß seine Minderheit den ihr gesicherten geschäftsordnungsmäßigen Schutz gegen brutale Unterdrückung durch die Mehrheit in Anspruch nimmt, hätte auch kein Recht auf Bestand. Aber zunächst rutscht nicht das Parlament selbst, sondern die Mehrheit die schiese Ebene hinab. Mit dem Centrum und den Junktoren rutschen auch die Nationalliberalen, denn „der heilige Paasche“ hat sich schon vor einigen Tagen im Tag für Abänderung der Geschäftsaufstellung ausgesprochen. Die Mehrheit, die dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt und das Reich in eine unabsehbare Deficitwirtschaft gefügt hat, will die Brotverteuerung durch gleichzeitige Vernichtung oder Einschränkung politischer Rechte noch empfindlicher machen. Sie will offenbar das deutsche Volk zum Hassen gegen sich entflammen, mag das nun bewußt oder unbewußt geschehen. Mag sie es thun!

Noch selten ist seitens boshafter, dummer und aufgeblasener politischer Kämpfieger in den Zeitungen so viel überflüssiges Phrasenwerk zurechtgedrechselt worden, als zur Zeit über die „Obstruktion“ der Linken gegen den Bölltarif. Lassen wir uns auf all das alberne Zeug jener sich unendlich weise dünsenden Kämpfieger nicht ein, sondern betrachten wir die Situation wie sie ist.

Die „Aktion“ geht in der Hauptsache vom Centrum aus, ohne dessen Mitwirkung sie gar nicht möglich ist. Die „Macher“ sind die Herren Spahn, Grüber und Bachem, in welch glanzvollem Dreigestirn die Centrums Männer die Staatsweisheit des sogenannten Windthorst konzentriert wiedergefunden zu haben glauben. Wenn sie sich nur nicht irren! Drei solcher Juristen können als Staatsmänner mehr verderben, als dreihundert Windthorsts wieder gut

machen könnten. Man sieht es ihrem grimmen Auftreten an, daß es ihnen „heiliger Ernst“ ist; sie wollen die Linken zerstören — wenn sie können. Aber werden sie es können?

Worum handelt es sich denn eigentlich? Grüber, Spahn und Bachem sind keine „notleidenden Landwirte“; sie haben persönlich kein Interesse am Brotwucher. Was man da und dort über angebliche Motive ihres Auftretens gemunkelt hat, halten wir für dummes Zeug; die Motive ergeben sich klar aus der Situation selbst. Im ganzen Centrum herrscht der politische Grubbenwahl. Die Herren glauben nämlich, in Deutschland die maßgebende Macht zu sein, weil sie die Mehrheit im Reichstage haben und die Regierung ohne ihren Beistand nichts durchsetzen kann. Daher erachten sie die Zeit für gekommen, ihre Macht und ihren Einfluß in Deutschland zur vollen Geltung zu bringen — sie wollen im Reiche mitregieren und mitverwalten. Das können sie nun auch wieder nicht, ohne daß die Regierung ihnen entgegenkommt. Davon ist aber bisher verdammt wenig zu bemerken gewesen, und der „blamierte Europäer“ Lieber hatte darum jene neunmalweise Taktik erfunden, mit der er zu erreichen hoffte, was das Ziel der Sehnsucht der herrschbedürftigen Centrums Männer ist. Während man dem Volke gegenüber durch die gewagtesten demagogischen Bocksprünge sich den Schein der Volks- und Oppositionspartei zu wahren sucht, während die scham- und skrupellose Centrums presse beinahe tagtäglich dem Volke vorrechnet, daß zweimal zwei fünf sei, suchten die Staatsmänner des Centrums durch große Gefälligkeiten die Regierung zu verpflichten. Dieser „Gedanke“, den ein soluger Kopf wie Windthorst als „knabenhaft“ von sich gewieven hätte, erschien seinen Nachfolgern als ein Weisheits-Extrakt erster Güte und sie entschlossen sich deshalb zu den „Umfällen“, die sie so reichlich auf dem Gewissen haben.

Im Centrum ist mancher Großgrundbesitzer, dem die Bölle Vorteil bringen werden. Wie weit die Herren Grüber, Spahn und Bachem an den „Segen“ des Bölltarifs glauben, wissen wir nicht. Ist auch gleichgültig. Diese Herren wollen aber der Regierung den fertigen Bölltarif — und zwar fertiggestellt auf der berühmten „mittleren Linie“ — überreichen. Die „überagrarischen“ Beschlüsse der Kommission waren nur Spiegelfechterei, denn es sieht jedermann heute ein, daß es sich im Ernst nur um die Regierungsvorlage handeln kann. Mit dieser Vorlage wollen die Staatsmänner des Centrums sich die Regierung von neuem verpflichten und zwar so stark, daß sie diesmal nicht umhin kann, eine Belohnung dafür zu gewähren. Das ist das ganze Geheimnis. Die

Herren Spahn, Bachem und Grüber wollen regieren und verwalten, wenn nicht selbst, so durch andere; sie wollen die Macht der Kirche verstärken, die Schule noch mehr verfinstern, die Fortentwicklung der Wissenschaften hemmen und die Gedankenfreiheit noch mehr verklammern. Diesmal glaubten sie mit ihren „edlen“, „patriotischen“, „gottgefälligen“ Bestrebungen am Ziel zu sein. Da kommt nun diese schändliche Linke mit ihrer „Obstruktion“ und verdreht den Edlen das Konzept. Welch eine Niederträchtigkeit! Dem muß ein Ende gemacht, der Widerstand der Linken muß um jeden Preis gebrochen werden, sonst geht der ganze Parlamentarismus in die Brüche. Ach, zunächst geht wohl die Staatsmännlichkeit des Dreigestirns, Spahn-Grüber-Bachem in die Brüche!

Denn Graf Bülow ist gewiß kein Bismarck, aber es fehlt ihm nicht an Schlauheit und solchen Gegnern gegenüber bedarf es deren nicht einmal ein größeres Maß. Er hat davon gesprochen, in Bismarcks Bahnen zu wandeln, so weit er dies im Stande sei. Nun, in diesem Falle hat er's leicht. Herr von Bennigsen war gewiß kein Dummkopf und doch hat er sich von Bismarck zwanzig Jahre lang mit einem Ministerposten alle äßen lassen, das man ihm stets vor die Nase hielt, das aber wie die Früchte des Tantalus zurißlich, sobald er danach griff. Graf Bülow kann ja, wenn er will, dem Centrum seinen Lohn in Gestalt der fatalistiven Zulassung einiger Jesuitenpater auszahlen. Zu übrigen kann er die Herren mit ihren „Ansichten“ und „Ansprüchen“ warten lassen, so lang es ihm beliebt, und nach den nächsten Wahlen wird er, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit ganz anderen Faktoren zu rechnen haben.

So wird es begreiflich, warum es dem Dreigestirn mit dem Bölltarif so fürchterlich pressiert. Darum nimmt man die gewagtesten Auslegungen der Geschäftsaufstellung vor.

Mag es gehen, wie es will — mit der schiefen Ebene hat es seine Nichtigkeit. Und es wird gar nicht einmal lange dauern, bis das staatsmännische Dreigestirn mit seiner Weisheit drunter angelommen ist.

Politische Übersicht.

Ein Wendepunkt im französischen Bergarbeiterstreit.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die fünfte Woche des Bergarbeiter-Generalstreiks beginnt mit einem kritischen Wendepunkt. Die ungerechten Schiedssprüche im Pas-de-Calais und im Norddepartement haben wieder alles in Frage gestellt. Die Arbeiter sind erbbittert. Der parlamentarische Erfolg der Streidebete, das Kammervolum über die Einleitung einer schiedsgerichtlichen Aktion, hat sich für die etwa 90000 Streitenden der genannten zwei Departements bereits als eine taube Ruhe

ihre Bemerkung, daß sie's in Langendamm nicht länger ausgehalten haben würde. — Da hatte man die Sicherung: Klärchen war eifersüchtig.

Es war ein eigentlich gemischtes Gefühl für ihn. Im Grunde that sie ihm ja leid, aber dann fielte das Bewußtsein, der Gegenstand solcher Besorgnis zu sein, doch wieder auch sein Selbstgefühl. Nachdem er sich genugsam daran geweitet hatte, überlegte er sich, daß er Klärchen doch aufklären wolle. Sie sollte sehen, wie unnötig ihre Sorge gewesen sei, daß er ihr keinerlei Anlaß gegeben zu irgend einem Vorwürfe; im Gegenteil, daß er sich musterhaft aufgeführt habe.

Er berichtete ihr also sein Gespräch mit Mira: ble als selbstverständlich angenommen habe, daß er mit seiner Frau nach Berlin kommen werde für den Karneval; dabei mache er sich lächerlich über Mira, diese einseitige Welt dame, die sich einbildete, man könne den Winter nirgendwo anders zubringen als in der Stadt.

„Sie hält es einfach nicht für möglich, daß man sich nicht tödlich langweilt, zu zweien auf dem Dorfe. Sie hat nämlich selbst gar keine Interessen, weder häusliche noch irgend welche andere. Geselligkeit, das ist ihr ein und alles. Für den ersten Augenblick hat Mira ja entschieden etwas Anziehendes, das läßt sich nicht leugnen; aber auf die Dauer kommt man doch dahinter, daß sie eigentlich recht leer ist. Elegant ist sie immer noch, das muß man sagen. Uebrigens fand ich sie heute recht passiert.“

„Ich fand, daß sie entzückend aussah,“ sagte Klärchen.

„Das Tageslicht ist unvorteilhaft für Mira; man sieht zu sehr, was echt an ihr und was nicht.“

„Du willst doch nicht behaupten, Erich...“

Kriebow lachte in sich hinein. „Ich kenne die gute

Seuilletoir.

Abdruck verboten.

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Auf dem Nachhauseweg saß der Grabenhäger eine ganze Weile schwiegend neben seiner jungen Frau. Er hatte das deutliche Gefühl, daß Klärchen durch das in Langendamm Gelebene enttäuscht sei. Merkwürdig! Ihnen hatten seine Freunde heute auch weniger gefallen als sonst. Hatten sich die Leute so verändert; oder stellte er neuerdings höhere Anforderungen? — Es war ihm, als müsse er sich darüber rechtfertigen vor Klärchen.

„Spaßhafte Leute diese Pantins, was?“ sagte er.

Klar erwiederte nichts.

„Es hat Dir wohl nicht gefallen in Langendamm?“ fragte er nach einiger Zeit.

„Nein, Erich!“ erwiderte sie mit einem erleichternden Seufzer. „Ich bin so froh, daß wir jetzt nach Hausefahren! Ich glaube, länger hätte ich's nicht ertragen.“

„Ach, sie sind nicht so schlimm! Schade, daß dieser Herr von Stahenberg gerade kommen mußte, der verbarb alles. Malte ist im Grunde ein ganz famoser, alter Knabe, wenn er auch mit seinem Schreien etwas auf die Nerven geht. — Was sagst Du eigentlich zu den Damen, Klärchen?“

„Eine einzige ist darunter, die mir gefällt,“ sagte Klärchen nach kurzer Pause.

„Wer denn?“ fragte er voll Spannung.

„Die jüngste, Klär heißt sie wohl.“

„Klar! — Du spaßest! — dieses ungelenke, halb-

entwickelte Ding, die mit ihren Gliedern nicht weiß, wo sie hin soll. Die kam Dir doch unmöglich imponieren, Klärchen?“

„Sie hat so etwas Ehrliches; das röhrt mich so. Sie möchte so gern gut bleiben, und das wird ihr so furchtbar schwer gemacht.“

„Begreife ich einfach nicht!“

„Man weiß doch, wie es so einem jungen, unbeschrittenen Ding ums Herz ist in dem Alter. Und keine Mutter zu haben!“

„Ich weiß nicht, ich kann mich für Klär nicht begeistern. Total un interessant, und hübsch auch nicht besonders. Eine richtige Trampagunda! Na, vielleicht formiert sie sich noch. Aber neben Mira darf man sie nicht sehen. — Wie gefällt Dir denn übrigens Mira?“ fragte er in erzwungenem gleichgültigem Tone.

„Frage mich nicht so viel!“

Kriebow bemerkte einen Ausdruck von Unwillen in ihren Augen.

„Sie war also doch entrüstet! Er hätte sich ja denken können! — Uebrigens er selbst hatte sich heute auch über Mira geärgert. Die Art, wie die ehemals Bewunderte diesem Herrn von Stahenberg entgegenkam, war doch entschieden ihrer nicht würdig. Hatte sich denn ihr Geschmack so verschlechtert? — Und Klärchen war Miras Benehmen natürlich auch nicht entgangen; Frauen urteilen in solchen Dingen noch viel schärfer. Oder war sie etwa gar wäre es denkbar, daß Klärchen eifersüchtig sei? —

Kriebow überlegte: er hatte sich ja eine ganze Weile mit Mira allein unterhalten. Klärchen hatte das von ferne gesehen, hatte nicht verstehen können, was sie mit einander gesprochen. — Natürlich war es das: daher auch

erwiesen. Und was die übrigen Reviere betrifft, so mußten die nordischen Schiedssprüche eine ungünstige Rückwirkung auf die noch schwelenden Unterhandlungen ausüben. Kurz, der große Kampf würde jedenfalls seinen unmittelbaren Hauptzweck, die Abwehr der Lohnreduktion, verfehlten, wenn sich die Arbeiter der nordischen Reviere den Schiedssprüchen fügten.

Letzteres ist nun nicht geschehen. Der Kongress der nordischen Gewerkschaften zu Lens hat, ohne die Schiedssprüche formal zu verwirren, mit großer Mehrheit die Einleitung neuer Unterhandlungen beschlossen. Der Streik wird selbstverständlich fortgesetzt.

Diekehrseite dieses Beschlusses ist die thatsächliche Nichtanerkenntnung einer Entscheidung, zu deren Anerkennung sich beide Parteien im vorans verpflichtet haben. Das Streitkomitee von Carmaux, wo sich zur Zeit Jaurès aufhält, hatte an den Abgeordneten Basly, den Vorsitzenden des Lens-Kongresses, ein Telegramm geschickt mit dem dringlichen Rat, die Schiedssprüche anzuerkennen, wodurch sie „den gerechten Erwartungen des Bergarbeiter-Proletariats nicht entsprechen.“ Der Rat wird begründet erstens damit, daß die Ablehnung der Schiedssprüche einen „unheilvollen Salut für das Prinzip des Schiedsgerichts“ in Streitsachen bedeuten würde. Zweitens wird auf die anderen Reviere verwiesen, wo die Bergengesellschaften bisher noch die schiedsgerichtliche Aktion verschleierten, also diese ablehnen würden, falls die nordischen Schiedssprüche von den Arbeitern nicht anerkannt werden sollten.

Man sieht, der Lens-Kongress konnte keinen Augenblick die Tragweite seines Kampfsbeschlusses verleugnen. Er hat aber trotzdem vorgezogen, auf eine neue Kraftprobe ankommen zu lassen. Und das mit Recht. Das „Prinzip des Schiedsgerichts“ hat ja gerade im gegebenen Falle Fiasco gemacht.

Was hingegen die nordischen Bergarbeiter früher an Lohn erhöhungen erlangt, verdaulen sie nicht jenem „Prinzip“, sondern direkten Unterhandlungen mit den Unternehmen, d. h. dem

direkten Druck ihrer Organisation. In die Form des Schiedsgerichts umgesetzt, führt dieser Druck den besten Teil seiner Kraft ein. Im sonderbar entscheidenden „Unparteiischen“ heben sich Druck und Gegendruck der beiden Parteien auf, und zwar nur so vollständiger, je unparteiischer er ist oder sich wähnt. Er hält sich daher an formal-juristische Gesichtspunkte, wie es bestensfalls in burokratischer Beharrlichkeit — die schiedsrichtenden nordischen Bergengesellschaften gehabt haben. . . . Jedoch darf die wirtschaftliche Form des Klassenkampfes ebenso wenig an ein schiedsgerichtliches „Prinzip“ gekettet werden, wie dessen politische Form. Und es zeugt von einem gesunden proletarischen Instinkt, wenn die französischen Gewerkschaften im allgemeinen von einem schiedsgerichtlichen Prinzip nichts wissen wollen.

Was die Wirkung des Lens-Kongresses auf die anderen Reviere betrifft, so kann sie zum wenigsten nicht schlimmer sein, als die Wirkung der Anerkennung der Schiedssprüche gewesen wäre.

Im zweitwichtigsten Streitgebiet des Loire-Departements ist die Schiedsgerichts-Aktion noch vor dem Lens-Kongress auf sehr bezeichnende Schwierigkeiten gestoßen. Die Parteien können sich auf die Wahl des „Unparteiischen“ nicht einigen. Die Arbeitervertreter haben nachreinander den Ministerpräsidenten und den Loire-Präsidenten vorgeschlagen. Die Vertreter der Grubenbesitzer aber wollen nicht ihre Sache „politischen Persönlichkeiten“ anvertrauen. Diese sind ihnen eben nicht unparteiisch genug. Sie schlugen ihrerseits einen hohen Gerichtsbeamten vor, zuerst den Gerichtspräsidenten von Lyon und dann den ersten Vorsteher des Kassationshofes. Darauf antworteten die Arbeitervertreter mit der Kandidatur des in ganz Frankreich durch seine humane Rechtsprechung berühmten Gerichtspräsidenten Magnaud, des „guten Richters“ von Château-Thierry. Nun lehnten die Compagnies ab. Natürlich! Denn Magnaud ist selbst auf dem Amtsgerichts-Stuhl vom juristischen Formelkram frei und zeigt ein liebes Gerechtigkeitsgefühl.

Zu der Haute-Loire und im Puy-de-Dôme haben die Compagnies — ebenfalls schon vor dem Lens-Kongress — das Schiedsgericht rüdwig abgelehnt. Endlich in Carmaux will die Compagnie die von den Streitenden mit gewählten politischen Vertretern, den Bürgermeister Calvignac und den Abgeordneten Jaurès, nicht einmal zu den vorbereitenden Unterhandlungen zulassen.

Es wird offenbar noch eines großen Aufwandes von Energie und Kampfmotiv bedürfen, um die Kraftprobe zu galem Ende zu führen.

Mira nun schon seit acht Jahren. Als sie damals als Debütantin auftrat — bildhübsch, lebenslustig, keinen Pfennig Geld — hatte sie große Aspiranzen. Unter nem Prinzen wollte sie es damals überhaupt nicht thun. Seitdem hat sie manches durchgemacht. So ein halb Dutzend Waschings ohne Resultat, das zieht; der Teint wird nicht frischer und das Menomée auch nicht. Es war die höchste Zeit für Mira, daß einer kam, sie zu erlösen; eine wenig angenehme alte Jungfer, fürchte ich, wäre aus ihr geworden.“

Hier brach er ab; er hatte bemerkt, daß in Klara's Augen Thränen standen. „Was hast Du?“ fragte er befremdet. Jetzt konnte sie doch wirklich nicht mehr eiferjüngig sein, nachdem er so von Mira gesprochen hatte. — „Was hast Du? sag's doch, Klärchen!“

„Die arme Frau!“

„Du bedauerst Mira?“

„Sie thut mir namenlos Leid.“

„Weshalb denn? Sie hat ja erreicht, was sie wollte. Sie kann ja nun thun und lassen, was ihr gefällt, als verheiratete Frau; und davon macht sie den ausgiebigsten Gebrauch.“

„Ich glaube, daß an ihr viel gesündigt worden ist.“

„Bon wem denn nur?“

„Bon all den Menschen, die sie zu dem gemacht haben, was sie jetzt ist, und am meisten von ihrem Manne.“

Kriebow war betroffen. Eigentlich hatte sie ja recht: Ulrich war viel mit Schuld daran, daß Mira so extravagante. Obgleich er selbst zu den Verehrern dieser Frau gehört, hatte er im stillen dem Ehemann die Langmut öfters verdacht. Mir sollte so etwas nicht passieren! hatte er dann wohl zu sich gesagt. Erstaunlich blieb es aber doch, wie schnell Klärchen das herausgefunden.

Beide schwiegen eine ganze Weile, jedes mit den eigenen Gedanken beschäftigt.

(Fortsetzung folgt.)

Berliss Bureau meldet noch diese weiteren Nachrichten:

Paris, 10. November. Ministerpräsident Combes hat infolge eines Schreibens des Abgeordneten Jaurès die Bergwerksgesellschaft von Carmaux ersucht, sie möge sich nicht länger weigern, mit Jaurès und dem Maire von Carmaux über die Verhandlungen der Bergarbeiter zu verhandeln. Combes weist darauf hin, daß die übrigen Bergwerksgesellschaften, ohne die geringsten Schwierigkeiten zu machen, mit den Delegierten der Arbeiter in Verhandlungen eingetreten seien. Die Verwaltung der Bergwerksgesellschaft von Carmaux wird sich heute über die auf den Brief des Ministerpräsidenten zu erstellende Antwort schlüssig machen.

Lens, 10. November. Der Sekretär des Syndikats der Arbeiter richtete an den Direktor der Bergwerke in Anzin ein Schreiben, in welchem er diesem mitteilt, daß der Kongress der Arbeiter nicht zufrieden gestellt sei. Man verweigerte die Wiederaufnahme der Arbeit und verlangte eine neue Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern, um die Frage der Lohn erhöhung zu erörtern. Der Direktor der Bergwerke in Anzin antwortete, durch den Spruch des Schiedsgerichts sei die Erörterung geschlossen. Da die Arbeiter sich geweigert hatten, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, obwohl man übereingekommen sei, daß das Schiedsgericht souverän sein solle, so gehe es nicht an, die Frage von neuem wieder aufzuholen.

Lens, 10. November. In mehreren Gruben des Departements Pas-de-Calais wurde heute die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. In Lens arbeiten 1096, in Nozay 502 Arbeiter.

Bille, 10. November. Etwa 5000 Arbeiter haben in den Kohlengruben des Bassin du Nord die Arbeit wieder aufgenommen.

Zur Eröffnung der Kammer in Belgien wird uns aus Brüssel geschrieben: Die Kammer ist gestern im Zeichen des klerikalen Vormarsches zusammengetreten.

Die Eröffnung der Kammer zählte früher in Belgien zu den großen Ereignissen, deren Heiterkeit von der bürgerlichen Presse mit Posaunenstoßen verkündet wurde. Wochenlang vor diesem „großen Tag“ war sie voll des Lobes über den Fleiß ihrer Vertreter, und die beginnende Session besah sie durch die rosige Brille. Hub dann der „große Tag“ der Eröffnung an, so erschien der König und eröffnete in höchst eigener Person durch eine Thronrede die Session.

Aber dieser idyllische Zustand ist seit fast einem Jahrzehnt in sein Gegenteil gekehrt. Seitdem der Sozialismus in das Repräsentantenhaus seinen Einzug gehalten hat, hat sich gar vieles geändert.

Der thronredende Mund ist verstummt und weilt gewöhnlich „fern von Madrid“. Für die bürgerliche Presse hat dies einst so imposante Ereignis jetzt kaum mehr Bedeutung als ein gewöhnliches Lokalereignis.

Sie hat schenbar alle Freude an ihrem eigenen Kind, dem Parlamente, verloren. Der Zusammentritt wird von ihr als die Gelegenheit benutzt, einen konzentrierten Regen von Klagen auf die nationale „Schwabude“ niederzuspritzen zu lassen, weil, wie sie sagt, aus ihr nichts mehr Erspektivisches heraustritt dank der „Bavarderie“ (Quatscherei) eines Teiles ihrer Zusassen. „Eines Teiles“ soll hier beiseite: die sozialistische Gruppe. Die bürgerliche Presse sucht damit den wachsenden Unmut der Wählermassen über die Unfruchtbarkeit des Parlaments auf die Sozialisten allein abzuwälzen. Diese Lüge hat zu kurze Beine, als daß sie auch nur einige Schritte laufen könnte. Diese Unfruchtbarkeit ist so alt, als das Parlament selbst. Wenn die Unfruchtbarkeit der Parlamente mit Preisen belohnt würde, würde dem belgischen die goldene Medaille zuzuerkennen sein. Stehen doch gegenwärtig aus vergangenen Zeiten noch 8 Anfragen und 81 Projekte auf der Tagesordnung der Kammer und von den letzteren fristet ein Teil schon seit einem Menschenalter sein unbestimmtes Dasein in der Mappe des Präsidiums. Das älteste harzt seit 1855 seiner Erledigung. Man sieht, der österreichische Badeni hätte im Fortwurzel noch unendlich viel von seinen gesinnungsverschiedenen Kollegen in Belgien lernen können.

Der Unmut der Wähler ob dieser Fortwurtelei war früher lange nicht in dem Maße wie heute vorhanden, weil deren größte Masse damals infolge ihrer Rechtlosigkeit dem politischen Leben indifferent gegenüberstand. Waren die bürgerlichen Parteien in ihrer goldenen Ära, in der die Interessen der Arbeiter für sie keine Rolle spielten, nicht einmal fähig, die vorliegenden Arbeiten zu erledigen, so sind sie es natürlich noch viel weniger heute, wo die sozialistische Kritik in die müffigen Ecken hineinblättert und wo die Interessen des Proletariats von der Tribüne herab verfolgt werden. Im letzten Jahre hatte die Fortwurtelei einen Höhepunkt erreicht, der kaum mehr überschritten werden kann. Die Regierung verlangte nur noch zwölftel des Budgets, um leben zu können. Und die letzten sieben zwölftel konnten nur noch mit Ach und Krach debattelos votiert werden — kurz vor dem Auseinandergehen der Kammer.

In diesen hummeligen Zuständen tragen so ziemlich alle Parteien schuld. Die Organisation der parlamentarischen Arbeit liegt sehr im organ. Die alten Parteien haben weder den Willen noch ein Interesse, diese zu reformieren. Bietet der status quo doch ein ganz spezifisches Mittel, die Dinge, welche die Arbeiterschaft betrifft, auf den St. Nimmerleinstag zu vertagen und dadurch die Kritik von dort abzuhalten, wo sie am empfindlichsten trifft. Die sozialistischen Abgeordneten haben vor Monaten bezüglich der Reformierung der parlamentarischen Arbeit einen Anlauf genommen. Die bevorstehende Session wird zeigen, inwieweit sie Hoffnungen erfüllt.

In dem neuen Parlament werden die Klerikalen 96, die Liberalen und Sozialisten je 34 und die christlichen Demokraten 2 Sitze haben. Welchen Kurs die Politik steuern wird, ist nicht schwer zu erraten, wenn man die Leute am Regierungsruder kennt.

Die Klerikale Regierungspartei, aus allen Kämpfen der letzten Zeit siegreich hervorgegangen, hat auf abschbare Zeit die absolute Herrschaft im Parlament. Von der Krone ist eine Intervention, die auf Einschränkung der Macht der Klerikalen oder des Missbrauchs dieser Macht hinauszieht, nicht zu erwarten. Den zahlreichen Leuten, welche vor Monaten feindseligst „von oben her“ Hilfe erwarteten, ist durch die Wahlrechtskommission der lebte unbegründete Hoffnungsschimmer endlich ausgelöscht worden. Und das war gut so.

Die Klerikale Partei hat seit den letzten Wahlen ebenso geräuschlos als eifrig gearbeitet und ihre Positionen weit in die oppositionellen Lager hineingeschoben. Selbst die Liberalen werden immer mehr und mehr aus den bis dato

liberal geltenden Domänen der Magistratur, den Richterstellen usw. gedrängt. Die offizielle Schule wird dadurch unterminiert, daß die Klerikalen Agenten durch ihr politisches und ökonomisches Übergewicht die Familienväter zwingen, ihre Kinder aus der offiziellen Schule zu nehmen und sie der Priesterschule anzubetragen. Noch viele andere Merkmale zeigen deutlich, daß die Klerikalen ihre gegenwärtige Macht nur dazu verwenden, ihre Machtphäre zu erweitern und sie gründlich zu festigen.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wird die Regierung vorerst auf die Vorstellung des Budgets, — es sind deren vierzehn —, dringen, um sich nicht mehr, wie in der letzten Session, in eine Zwangslage drängen zu lassen, in der sie einer geschickteren Opposition vollständig preisgegeben ist und aus der sie sich nur durch Zugeständnisse befreien kann.

Unsere Regierung versteht zweifelsohne das Sparen, wie zum Beispiel auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, an Schulbauten usw. Nach anderer Seite hin spendet sie hingegen in vollen Zügen. Da sind beispielweise die Ausgaben für die Gendarmerie von $7\frac{1}{2}$ Millionen auf $8\frac{1}{2}$ Millionen, also um eine Million erhöht worden. Die Regierung beabsichtigt, zehn weitere, teilweise industrielle Ortschaften mit je einer Brigade zu beauftragen. Damit soll das Gleichgewicht zwischen der durch Zuzug aus Frankreich gestärkten himmlischen Gendarmerie und der weltlichen wieder hergestellt werden.

Die Erledigung der Budgets wird wohl die Session so ziemlich ganz in Anspruch nehmen. Ein weiterer für die Arbeiterschaft insbesondere wichtiger Punkt, die Unfallversicherung, steht auf der Tagesordnung. Dieser Entwurf wurde 1901 von der Regierung eingebracht. Es ist dies hier der erste Versuch, diese Materie gesetzlich zu regeln. Mit dem gegenwärtigen Zustand verglichen bedeutet der Entwurf für die Arbeiter eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung. Auf jeden Fall aber sind die Unternehmer durch diesen Entwurf besser gestellt als durch den heute geltenden Usus. Ob es gelingen wird, das Projekt zu verbessern, muß zünächst bezweifelt werden, da die Regierung schon im voraus verkündet hat, sie werde davon kein Vota sich rauben lassen.

Die bitterste Vile für unsere patentierten Patrioten ist unbestreitbar der sozialistische Antrag auf Verstaatlichung der entdeckten Kohlenlager in der Cambaie. An den Preßfrächen kann man erkennen, welch enormes Entsezen ihnen schon der ferne Anblick dieser Stelle einflößt. Hat sich doch herausgestellt, daß das zwanzigste Jahrhundert, das am lautesten gegen die Verstaatlichung schreit und, nota bene, das im Interesse der Konsumtiven, des Vaterlandes usw. zu thun vorgibt, hierzu ganz intressante Gründe hat. Der Besitzer des zwanzigsten Jahrhunderts, der Abgeordnete Félegut und sein Schwiegersohn, der ehemalige Minister und gegenwärtige Kammerpräsident Schollaert, beide Klerikale im schwärzesten Sinne des Wortes, haben eine Gesellschaft zur Ausbeutung jener Kohlen- und Mineralminen gegründet und Eingaben um Konzessionen gemacht.

Und wie die Dinge sich heute überschauen lassen, stehen noch ähnliche Überraschungen bevor, die den Patriotismus, nicht nur von noch weiteren Leuten von dem Gewicht eines Felsesteins und Schollaert, sondern auch noch von viel höher stehenden Personen in ein höchst sonderbares Licht stellen wird.

In Anbetracht dieser Situation der Patrioten kann man begreifen, warum unsere Klerikalen Minister, Senatoren und Deputierte am nächsten Dienstag eine Messe lesen lassen, um, wie es im Patriote heißt, „den Segen des Himmels auf die Arbeit der Gesetzgebung herabzusleben“.

Deutsches Reich.

Parlamentsdebatte.

Aus dem Reichstag.

D. Berlin, 10. November. Das war heute ein Abstimmungstag in Reinkultur; es gab nichts anderes als Abstimmungen, und nur der Unterschied zwischen namentlicher und einfacher Abstimmung durch Erheben oder Stimmenbleiben war eine kleine Abweichung. Und der Schluß war eine Genehmigung sondergleicher für die Linke, denn die Herren der Mehrheitsparteien, die die Geschäftsbordnung umstürzen und ihren Raum so schnell als möglich in Sicherheit bringen wollen, haben nicht einmal die Kraft gezeigt, ihre Herde zusammenzubringen, obwohl die großen Ereignisse dieser Tage mit Flammschrift vorausverkündet wurden.

Die erste namentliche Abstimmung zeigte eine Anwesenheit von 219 Abgeordneten, die zweite eine solche von 224 und um diese Zahl pendelten die anderen, bis sich schließlich um $2\frac{1}{4}$ Uhr nur noch die Anwesenheitsziffer 191 ergab und die Sitzung abgebrochen werden mußte. Der Präsident, der wohl einfaßt, daß Telefon, Telegraph und Drohse heute keine gehörige Mann mehr herbeischaffen würden, hütete sich deshalb wohlweislich, heute noch eine zweite Sitzung festzusetzen und so mühete das Haus bis morgen um 12 Uhr auseinandergehen. Wer aber weiß, ob es morgen schon besser gehen wird?

Die 10x Aichbichler.

Herr Aichbichler ist in den letzten Tagen plötzlich zu einer parlamentarischen Verkümmern geworden: sein Name erregt an der Spitze von 150 Reichsgesetzesgebern; er ist der Bödderkoß des Sturmbocks, der gegen die Peißler und Grundvesten der Reichsverfassung anrennen soll. Herr Aichbichler kommt zu dieser hohen Ehre zunächst durch die höhere Vorsehung des Alphabets; allein er hat auch schon seine persönliche Qualifikation erwiesen, mit seinem Kopf gegen Riegelwände anzustürmen; so hat er bereits einmal dem bayerischen Landtag einen Wahlvorschlag zugemutet, um die Autorität des Parlamentsrektors Dr. Osterer zu schützen. Damals ist Herr Aichbichler nicht durchgedrunnen; dafür gibt er jetzt im Reichstag der Umsturzaktion der Brötewucherer Kopf und Namen.

Bereits am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags erwartete man einen stürmischen Zusammenstoß. Es verlautete, die Mehrheitsparteien werden versuchen, ihren Antrag auf Umsturz der Geschäftsbordnung auf die Tagesordnung zu setzen. Da sich aber die agrarischen Herrschaften auf den Abend verteilen, war das Haus nicht mehr beschlußfähig, und so mußte der Sturmbock nochmals außer Aktion gesetzt werden.

Dafür soll heute der Tanz losgehen. Wenn man schon einmal die Geschäftsbordnung vergewolligen will, so braucht man sich auch nicht mehr weiter mit parlamentarischem Termontell aufzuhalten. Da ist der § 35 der Geschäftsbordnung, der verlangt, daß alle Anträge in der Reihenfolge zur Verhandlung kommen, in der sie eingebracht worden sind. Nun liegen ei-

Rechte solcher Anträge, insbesondere von sozialdemokratischen Seite, schon seit Wochen und Monaten vor und zu haben geschäftsbildungsgemäß vor dem Antrag Aichbichler vor. Da die Brotwucherer aber entschlossen sind, die Geschäftsbildung des Reichstags zu brutalisieren, so werden sie sich an prätätige Kleinheiten nicht stören. Diesem Vorgehen gegenüber wird selbstverständlich die Opposition mit den allerstärksten Mitteln der Obskuration zu begegnen wissen. Sie hat daher zu den Anträgen Aichbichler bereits eine Fülle von Abänderungsanträgen der Geschäftsbildung im allgemeinen und des Antrags Aichbichler im besonderen eingebracht und wird die Beschlussfassung durch Abseitierung konsequent verhindern.

Selbstverständlich wird die Linke noch wie vor den Standpunkt vertreten, daß der Antrag Aichbichler überhaupt solange geschäftsbildungsfähig unzulässig ist, als die ihm vorgehenden Anträge noch nicht beraten sind. Der Präsident, Graf Wallenstejn, soll sich, wie es heißt, zu decken suchen; er will den Antrag Aichbichler nicht selbstständig auf die Tagesordnung setzen und dessen ganze geschäftliche Behandlung der Mehrheit des Hauses überlassen.

Unnötig zu sagen, daß sich auf den Antrag Aichbichler nunmehr der ganze Kampf um die Geschäftsbildung, wie weiterhin in den Palliativ konzentriert. Die Centrumspresse äußert bereits eine wirklich philosophische Berachtung der bestehenden Geschäftsbildung und sämtlicher Geschäftsbildungen der Welt überhaupt.

Dass die Geschäftsbildung des Reichstags durch drei Jahrzehnte funktioniert ist, meint mit erhabener Gelassenheit die katholische Volkszeitung, kann keine Rolle spielen. „Im Leben eines Volkes bedeuten drei Jahrzehnte nur eine einzige Spanne Zeit, und treten am Ende dieser Jahrzehnte Ereignisse ein, die, weil früher ungelauft, in der Geschäftsbildung der geordneten Vertretung eines Volkes noch keine Berücksichtigung gefunden haben, so ist den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.“ Auch die Geschäftsbildung eines Parlaments ist der Entwicklungsfähig, und diese Entwicklung ist um so berechtigter, wenn sie dazu führt, daß die Rechte der parlamentarischen Mehrheit und Minderheit so umschrieben werden, daß sie vor einem Missbrauch durch einen der beiden Käfige gesichert erhalten.“

Dieser gleicherhafte Chimborasso-Standpunkt wirkt in einem Entwicklungsorgan ebenso verblüffend wie die theoretische Anerkennung der Entwicklungstheorie durch die gläubigen Vorbedenker des ewigen Stillstands aller Dinge. Aber den frommen Centrumspredikten müssen alle Dinge zum besten dienen, auch die unheiligen Bezeichnungen der wissenschaftlichen Geschichtsbürokratie über die historische Bedeutung aller Verfassungen und Geschäftsbildungen überhaupt.

Noch deutlicher wird die Kreuzzeitung. Die Kreuzunterstützten Morgenpost, und sie halten bereits die Zeit für gekommen, um ihre Tochterzeitung gegen das Reichstagswahlrecht öffentlich zu zeigen. Das edle Staatsblatt löst sich vernehmlich:

Wir haben im Laufe der Jahre mehr und mehr die Übung gewonnen, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, da es der Massenverwaltung die Wege ebnet, schwere Gefahren für unser Vaterland zur Folge haben kann. Wollten wir die Sache lediglich von subjektiven Standpunkten aus betrachten, so könnten wir nur zweifeln, wenn dieses Wahlrecht durch einen Erfolg der Obskuration ad absurdum geführt würde.

Das soll zwar nur eine Drohung sein; allein kein Mensch wird zweifeln, daß die Sache verflucht ernst gemeint ist. Die Konservativen sind notorisch willende Feinde des allgemeinen gleichen Wahlrechts, und es ist bezeichnend für den Ernst der Situation, daß bereits die Frage des Reichstagswahlrechts von ihnen ausgerollt wird. Könnten sie so, wie sie gerne wollen, so würden sie nächst der Geschäftsbildung dem Reichswahlrecht an den Leib gehen und die lex Aichbichler auch gegen diesen Ecpseiter der Reichsverfassung führen.

Die Düsseldorfer Stadtverordnetenwahlen

haben einen merkwürdigen Verlauf genommen. Während sich unsere Parteigenossen zum erstenmal an dieser Geldsackwahl beteiligten, verdrängten sie, wie bereits gemeldet, die Mittelpartei und rückten dem Centrum daran auf den Leib, daß unsere Kandidaten nun in einer gänzlichen Stichwahl mit dem Centrum kommen. Das Centrum aber hat sich hier in Düsseldorf doch in vier Lager gespalten, die bei der Stadtverordnetenwahl selbstständig mit eigenen Kandidaten auftreten und einander in Flugblättern und Versammlungen auf das bestmöglichst. Eigene Kandidaten stellen in Düsseldorf auf das Centrum der sogen. Volksblattpartei, das Centrum der christlichen Innungsmeister (zwei Strömungen), das Centrum der Nur-Ageantier. Rechnet man die hier seit langem selbstständig, sogar mit einem eigenen Centrumsorgan kämpfende christliche Hochschul-Nichtung hinzu — die allerdings zur Stadtverordnetenwahl sich ruhig verhielt, so kann mit Ang und Recht sogar von fünf Richtungen im Düsseldorfer Centrum gesprochen werden.

Es ist drostig zu lesen, wie jede dieser Gruppen für sich die „allein richtige Centrumspartei“ sein will und wie sie von den anderen Centrumsgruppen daran bekämpft wird.

Nachdem sich breits die christlichen (Gaußbach)-Arbeiter einzöglich von der Gesellschaft des Brotwucher-Centrums losgesagt, trägt das Centrum dem Drängen der christlichen Arbeiter bei der Stadtverordnetenwahl Rechnung, läßt von seinen Geldbeträtern drei bestehen, den vierten aber, einen Neinster Kultus, läßt es fallen und stellt dafür einen Ex-Sozialdemokrat und Renegaten Meyer als „Arbeiterkandidaten“ auf.

Obwohl nun diese Kandidatur für die Arbeiter aus unserer Reihen ein Faustschlag ins Gesicht war, verschunftsie doch bei den Innungskräutern. Diese wollten einen Meister in den Städten. Als die Parteileitung des Centrums dem nicht Rechnung trug, stellten sie zwei Handwerksmeister, ultramontane Kirchenleute, neben den beiden ersten Geldsackkandidaten des Centrums und gegen die von der Parteileitung proklamierten Centrumskandidaten auf!

In einem in Massen verbreiteten Flugblatt, unterschrieben vom christlichen Innungsausschuß der vereinigten Innungen zu Düsseldorf, sagen sie:

Was aber erleben wir von der Centrumspartei, der Partei, welche wir seit Jahren gedenkt, für die wir stets mit ganzer Freiheit eingetreten sind? Von der wir überzeugt waren, daß sie ausgerechnet für alle Stände eintrete?

Wir müssen erleben, daß dieselbe ihrem Programm entgegen unsere Interessen vollständig vernachlässigt, bald berechnend: die Handwerker sind uns ungünstig, können uns wenig schaden. Die Arbeiter dagegen sind möglich, gut organisiert und können uns schaden, wenn wir ihnen nicht entgegengestellt.

Unter der allergrößten Sorgfalt und Förderung seitens der Parteileitung bilden sich die christlichen Arbeitervereine und werden

von denselben in jeder erdenklichen Weise begünstigt; in dem übergroßen Elter aber bemerken die christlichen Führer nicht, daß das Christliche von der ganzen Sache verloren geht. In einfältiger Behandlung arbeiten die Leute sich in die Überzeugung hinein, daß sie die Bedrängten und Unterdrückten sind, und die Arbeitgeber, wozu ja auch wir Handwerksmeister gehören, die Tyrannen und Ausbeuter. Die Parole, welche auch von den Führern und dem Präsidenten konkretisiert ist, lautet: Arbeiter, verlaufe Deine Arbeitskraft so teuer, wie Du kannst; mit anderen Worten: Sorge nur für Dich, unbekümmert, ob der andere Teil Schaden hat oder nicht. Dieses auf den Handwerksmeister angewandt, welches nicht selten schlümmer daran ist, als der Arbeiter, ist unchristlich, aber niemand hat den Mut, dieses den Arbeitern zu sagen, ihnen zu sagen, daß christliche Handlung beruht auf dem Gebot: du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Dass die Lehre von den Arbeitern befolgt wird, ist zu begreifen, hat aber auch in weiten Kreisen das Urteil gereizt: die Christlichen sind schlümmer, als die Sozialdemokraten, welches auf jeden Fall nicht rühmlich ist.

Wenn weiter verzeichnet werden muss, daß in dem offiziellen (Centrums-) Organ geschrieben wurde: Wenn wir in den Arbeitervereinen für die Arbeiter nützliche Einrichtungen schaffen, so kann es uns gleichmäßig sein, ob dadurch kleinere Geschäfte zu Grunde gehen, so ist das auch eine Stellungnahme gegen die Handwerksmeister und Geschäftsteute, welche wiederum nicht christlich ist. Das Centrum verläßt hiermit den Boden der allumfassenden, gerechten, gleichmäßigen Fürsorge für alle Stände und wird, wenn es nicht umkehrt, hieran zu Grunde gehen.

Wohlgemerkt, das schreibt der christlich-ultramontane Innungsmeister-Ausdruck und betont, kein seit Jahren zum Centrum gestanden zu haben! Also ein neuer Riß im glorreichen „einigen“ Centrum! Neben den christlichen Arbeitern-Nebenstellen nun die christlichen Handwerksmeister-Nebenstellen. Ein beachtliches Symptom, wohin es mit dem Centrum geht!

Ist das Centrum für die Industrie, rebellieren die Centrum-Agrarier.

Und umgekehrt auch.

Ist das Centrum für die christlichen Arbeiter und stellt es selbst zum Spott auf die übrigen Arbeiter einen streberhaften Ex-Sozialdemokrat und Renegaten Meyer auf, dann rebellieren die Centrum-Innungen. Heute bekommt das Centrum mit dieser Gruppe, morgen mit jener Krach; weil es allen gerecht werden will, muß das Centrum an seinem eigenen Gaulk- und Schaufelspiel zu Grunde gehen.

Wie Sozialdemokraten aber stehen uns sehr gut hierbei. Wir sehen zu und machen gewaltige Fortschritte. Nur wer hier in unserer Centrum-Domäne seit Jahren für unsere Partei gelämpft hat, der kann unseren heutigen Erfolg, gleich im ersten Wahlgang und bei der ersten Beteiligung in eine aussichtsvolle Stichwahl mit dem Centrum gelommen zu sein, nur gebührend würdig! Es ist ein Fortschritt, dessen wegen ganz Düsseldorf „boß“ ist.

* Berlin, 11. November. Um den Bürgermeisterposten von Berlin kandidierten 14 Bewerber, unter ihnen Bürgermeister anderer Städte und alte und inaktive höhere Staatsbeamte. Von der hiesigen Gemeindeverwaltung hat sich kein Mitglied gemeldet. Die Meldefrist ist gestern abgelaufen.

Das wesentlichste Hindernis für die Einführung der elektrischen Abstimmung wäre die zur Anlage des Mechanismus erforderliche Zeit, die man gelegentlich einer privaten Anfrage auf 14 Tage angegeben haben soll.

Dieses Hindernis ist allerdings sehr „wesentlich“, die Herren Brotwucherer wollen Zeit gewinnen, nicht Zeit verlieren, und die saboteure Begeisterung für den elektrischen Fortschritt versiegt bei ihnen im Nu, wenn die kostbaren Stunden des Parlaments dabei nutzlos vertrödeln werden.

Zur Entscheidung über den principiellen Inhalt des Geschäftsbildungsantrags Brömel hat Genosse Singer als Vorsitzender der Geschäftsbildungskommission deren Mitglieder auf Donnerstag früh zu einer Sitzung eluberufen.

Der Verein schlesischer Journalisten und Schriftsteller hat dem Verband deutscher Journalisten und Schriftsteller anlässlich des Falles Hoffmann eine Petition an den Reichstag unterbreitet. Der Verein fordert, daß die unwürdige Stellung, die in der Rechtsprechung wie bei Strafvollzug den deutschen Journalisten und Schriftstellern zugewiesen ist, grundsätzlich befehligt wird und erwartet von dem Reichstag, daß er diese unerlässlichen Reformen in Angriff nehmend wird.

Deutsche Hochschulen unter russischer Polizeiaufsicht? Neben einem Parallelhall zu der neuerrichteten Enthüllung über die russische Kontrolle an den Berliner Hochschulen wird dem Vorwärts aus Darmstadt berichtet. Danach wollten sich an der dortigen technischen Hochschule zwei russische Studenten immatrikulieren lassen, die in Russland relegiert waren. Nach einem polizeilichen Verhör wurden sie vor den Rektor geladen, der ihnen ihre Studiengelder mit den Worten zurückgab: „Wer in Russland einmal von der Universität verwiesen ist, den brauchen wir hier in Deutschland auch nicht.“ Zugleich wurde ihnen polizeilich eröffnet, daß sie Darmstadt innerhalb 24 Stunden zu verlassen haben. Der Fall bedarf dringend der Aufklärung. Es fragt sich, ob die Ufase der russischen Universitätsbehörden auch für die deutschen Hochschulen ohne weiteres verbindlich sind.

Bei der gestrigen Landtagsstichwahl in Heilbronn-Amt hat der Kandidat der Sozialdemokratie, Schäffler, über den Bauernbündler Hegelmaier mit 2557 gegen 2397 Stimmen gewonnen.

* Wieder ein Gefesselter. In einer Volksversammlung in Glinnigfeld (Kreis Bochum) kritisierte der Bäder Packeler Zustände in dortigen Bäderen. Darauf wurde er ins Amtsgebäude nach Wattenscheid zur protokollarischen Vernehmung bestellt. Nachdem das Protokoll angenommen, erklärte ihn der Kommissar für verhaftet und fesselte ihn auch fogleich. Daraus wurde er durch die belebten Straßen der Stadt gefesselt transportiert, troß allen Protestierens, bis ins Amtsgericht. Dort erklärte der Kommissar, daß er zur Verhaftung geschritten sei, weil P. — arbeitslos sei und somit Fluchtverdacht erscheine. Als der Amtsrichter den Sachverhalt erfuhr, schüttelte er den Kopf und ließ den Verhafteten sofort frei. Auf dem Wege der Klage soll dem Beamten klar gemacht werden, was seines Amtes ist.

Zwist im Centrumslager. Aus Krefeld wird uns geschrieben: In Alheydt wollte der Centrumsverein für den Wahlkreis W.-Gladbach eine Versammlung abhalten, um Stellung gegen die Bollvorlage zu nehmen. Der Leitung der Centrumspartei im Kreise war die Veranstaltung der Versammlung unangenehm und sie versuchte, diese Versammlung illusorisch zu machen. Einige Geistliche, unter Begleitung eines großen Haufens fanatischer Katholiken, kamen in die Versammlung zu dem ausgesprochenen Zweck, die zur Auflösung zu bringen. Raum hatte der Einberüter die Versammlung er-

öffnet, als ein Kaplan, Dr. Hohns, Bureauwahl verlangte, wie es ihm in Centrumsversammlungen sei. Auf diese offensichtliche Unwahrheit — denn in Centrumsversammlungen wird weder freie Diskussion gehabt, noch Bureauwahl vorgenommen — erklärte der Einberüter, daß er die Versammlung selbst leite, aber jedem Anwesenden vollständige Redefreiheit garantiere. Mit dieser Erklärung war Dr. Hohns nicht zufrieden, und wie auf ein gegebenes Zeichen brach jetzt ein derartiger Sturm los, daß der Einberüter waren hierauf vorbereitet und hatten zwei Versammlungen angemeldet. Es wurde diese zweite Versammlung eine Stunde später eröffnet und diese verließ im Anfang sehr ruhig. Der Referent kritisierter in scharfer Weise die Stellung des Centrums zur Bollvorlage; doch kaum hatte er etwas über eine halbe Stunde gesprochen, als die Rolle Korah, welche sich während der Zeit im katholischen Vereinshaus gespielt hatte, unter Führung der Geistlichen wieder anstürmte. Kaplan Dr. Hohns, welcher der Anführer der noblen Gesellschaft war, verlangte von dem Vorwärts, er solle dem Referenten das Wort entziehen; denn er habe lange genug gesprochen. Als der Vorwärts sich weigerte einem solchen unsinnigen Antrag stattzugeben, sprang Dr. Hohns auf einen Stuhl. Dies war das allgemeine Zeichen zum Lärm. Es brach jetzt ein Schreien und Spektakel los, daß man meinen könnte, die Hölle wäre losgelassen, so daß der Überwachende auch diese Versammlung auflöste.

Ihren Zweck haben die Stadtmacher aber doch nicht erreicht, denn in einer Versammlung des Centrumsvereins, welche in W.-Gladbach tagte, wurde beschlossen, bei den nächsten Reichstagswahlen den offiziellen Centrumskandidaten christlich-demokratische Kandidaten entgegenzustellen.

Opposition und Nichterehrung. Aus Baden schreibt uns unser x. Korrespondent vom 10. November: Der in der bekannten Affäre Fischer vorgenommene Bandgerichts a. D. und Oberleutnant der Reserve Dr. Emil Bauer, der, wie j. Bl. mitgeteilt, seine amtliche Stellung als Untersuchungsrichter dazu missbraucht, um unter Verleumdung einer Reihe von strafprozeßualen Vorschriften seinen guten Freund Dr. Fischer aus der Verlegenheit zu retten, in die dieser wegen seiner ehrbrechlichen Beziehungen zu seiner früheren Geliebten geraten war, hat nun die heis ersehnte „Genugthuung“ erhalten. Nachdem ihn der Militärvereinsverband des Pfalzgaues vor 14 Tagen einstimmig zum Vorwärtsen wieder gewählt hatte, ist jetzt auch die landesherrliche Bestätigung dieser Wahl eingetroffen. Damit hat der Großherzog von Baden kundgegeben, daß nach seiner Ansicht ein Mann, der wegen schwerer Verfehlungen im Amt auf dem Disciplinarweg zu einer Geldbuße sowie zu strafweiser Verbüßung verurteilt worden ist, durch die er sich zum Ausscheiden aus seiner richterlichen Stellung veranlaßt fühlte, immer noch gut genug dazu erscheint, die „Ehrenstellung“ des Vorwärtsen einer Vereinigung ausgedienter Vaterlandsverteidiger zu verleihen. — Wir haben gegen diese allerhöchste Einschätzung der militärischen Ehre nichts einzuwenden.

g. Die Gemeindewahl in Altona wird sehr interessant werden, sämtliche bürgerliche Parteien werden geschlossen gegen die Sozialdemokratie aufmarschiert. Die Freisinnigen und Nationalliberalen, die die Mehrzahl der Wahlberechtigten auf ihrer Seite haben, werden den übrigen Parteien je einen Vertreter zugestehen. Mit der Volkspartei ist bereits ein diesbezügliches Abkommen perfekt geworden, mit den Konservativen und Ultramontanen sind Unterhandlungen angeknüpft. Das wird eine blonde Musterwahl werden! Alle diese Parteien haben den „Nationalismus“ von jenseit auf das schärfste bekämpft; das hindert sie jetzt aber nicht, einträchtig mit ihm gegen den roten Drachen zu Felde zu ziehen. Besonders die Demokraten haben sich stets als „unversöhnliche“ Feinde des Gemeinderechts gewirkt. Um eines Mandats willen sind sie fast seine Bundesgenossen geworden. Anfangs zeigten sie Lust, wie bei der letzten Wahl, mit den Sozialdemokraten gemeinsam vorzugehen, aber unsere Partei hat jedes Wahlbündnis abgelehnt.

G. Aus Elsaß-Lothringen. Aus Elsaß-Lothringen sind demnächst Neuwahlen vorzunehmen. Das Wahlsystem ist außerordentlich rückständig, als sich das Parlament aus den verschiedensten Verkehrsverbindungen zusammenstellt. Von den 58 „deputés au Landesausschuss“ wählen die Gemeinderäte der vier größten Städte des Landes, Straßburg, Mülhausen, Metz und Colmar, je einen, die ländlichen Kreisorganisationen zusammen 20, während die übrigen 34 Abgeordneten von den drei Bezirkssäulen (Lothringen, des Unter- und des Oberelsaß) delegiert werden. Durch den führt die Sozialdemokratie so außerordentlich günstigen Ausfall der Gemeinderatswahlen in Straßburg und Mülhausen haben sich diese Verhältnisse nun allerdings etwas geändert. In Mülhausen fehlt der Sozialdemokratie bekanntlich nur eine Stimme an der Majorität im Gemeinderat, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß von dort aus der erste Arbeitervorsteher in das Bürgermeister- und Rentnerparlament am Kaiserplatz in Straßburg gewählt werden wird. Herr Mathias v. Möller würde voraussichtlich dann etwas anders über die reichsländische „Vollerverteilung“ urteilen, als er es verloren hat.

Schweiz.

Die Nationalrats-Wahl.

In St. Gallen wurde in der Stichwahl zum Nationalrat gewählt der Kandidat der Demokraten, Arbeiter und Konservativen, Genosse Paul Brandt, Redakteur des Grütlauer. In Zürich ist Genosse Ernst unterlegen.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an alle (Mohair-) Doppel-Blüscherwerber Deutschlands. Die Blüscherwerber der Firma Glaser in Holnstein glauben, daß sie infolge des geringen Lohnes und des teilweise sehr schlechten Materials die Lohnränder für die übrigen Berufskollegen abgeben müssen. Dieselben stehen seit 14 Tagen in einer Lohnbewegung und ersuchen um möglichste Fernhaltung von Buzug. Auch ergeht deshalb an alle die herzliche Bitte, die betreffenden Kollegen dadurch mit Material zu versehen, daß unverzüglich Lohntabellen eingefordert werden mit Angabe der Größe in Stelle und Schuh per Centimeter Breite der Ware, und die Länge der Arbeitszeit, sowie Schuhzahl der Stühle per Minute. Im vorans bestens Dank. Alle Sendungen wolle man an Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, richten.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Gier zu zwei Beilagen.

Konsumverein L.-Plagwitz und Umgeg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die in der Generalversammlung vom 28. September d. J. festgesetzte
**Dividende von 10 Prozent
nahe an 900000 Mark**

gelangt zur Auszahlung und ersuchen wir die geehrten Mitglieder, denen Kohlenlieferungen und Darlehen aus dem Dispositionsfonds abzurechnen sind, Mitgliedsbücher oder blaue Karten Nr. 1 bis 12000 am 11. Novbr., Nr. 12001 bis 16000 am 12. Novbr., Nr. 16001 bis 21000 am 13. Novbr., Nr. 21001 bis 28000 am 14. Novbr., Nr. 28001 bis 40000 am 15. Novbr. d. J. im Comptoir, L.-Plagwitz, Jahnstrasse 69, vorzulegen.

**Auszahlungszeit:
vormittags 8 bis 12 Uhr, nachmittags 2 bis 6 Uhr.**

Die Mitglieder mit Abrechnungsarbeiten haben, wenn sie oben angegebene Tage versäumen, bis nach dem 6. Dezember zu warten, bevor Auszahlung des Restbetrages der Dividende erfolgt.

Dividenden-Auszahlungstage:

Nr. 1 bis 3500 am 17. November	Nr. 17501 bis 19500 am 26. November
" 3501 " 6500 " 18. "	" 19501 " 21500 " 27. "
" 6501 " 9000 " 20. "	" 21501 " 23000 " 28. "
" 9001 " 11500 " 21. "	" 23001 " 24500 " 29. "
" 11501 " 13500 " 22. "	" 24501 " 31000 " 1. Dezember
" 13501 " 15500 " 24. "	" 31001 " Schluss " 2. "
" 15501 " 17500 " 25. "	

in L.-Plagwitz, Braustrasse 26, parterre.

Für die in der Ostvorstadt wohnenden Mitglieder erfolgt die Auszahlung der Dividende:

Nr. 1 bis 27000 am 3. Dezember
" 27001 " 28500 " 4. "
" 28501 " 30000 " 5. "
" 30001 " Schluss " 6. "

in der Silberpappel, L.-Volkmarsdorf, Kirchstr. 17.

L.-Plagwitz, den 10. November 1902.

Der Vorstand.

2. Beilage zu Nr. 261 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 11. November 1902.

Reichstag.

212. Sitzung. Montag den 10. November 1902.

Im Bundesratssitz: Graf v. Posadowsky.

Zweite Beratung des Zolltarifgesetzes

wird fortgesetzt.

Bundestag erfolgen die namentlichen Abstimmungen über die zu gestellten Anträge Albrecht (Soz.) und Dr. Müller-Meiningen (frei. Vp.) und Gothein (frei. Pg.).

Der Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, der die Zollfreiheit für die von deutschen Fischern gefangenen Fische, Robben etc. auf die von Helgoländer Einwohnern gefangenen Fische, Robben etc. auszubauen will, wird mit 165 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Die Präsenzziffer beträgt also 219.

Ein Antrag Gothein (frei. Pg.) die Worte „Von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind die in fremdländischen Küstengewässern gefangenen Schal- und Krustentiere“ zu streichen, wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt; ebenso ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, der gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche auch zur gewöhnlichen Verwendung zollfrei eingehen lassen will.

Ein weiterer Antrag Albrecht (frei. Pg.) die Worte „Jedoch nur ausnahmsweise auf besondere Erlaubnis“ in der Bestimmung freie, daß gebrauchte Gegenstände von Angehörigen zur eigenen Benutzung zollfrei sein sollen. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche.

In der Abstimmung beteiligen sich 224 Abgeordnete. Der Antrag Albrecht wird mit 180 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden abgelehnt der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der Ausstattungsgegenstände, Braut- oder Hochzeitsgeschenke auch ohne besondere Erlaubnis zollfrei lassen will, ebenso der Antrag Albrecht (Soz.), der auch bei gebrauchten Sachen, die als Erbschaftsgut eingehen, die besondere Erlaubnis freie, daß gebrauchte Gegenstände von Angehörigen zur eigenen Benutzung zollfrei sein sollen. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche.

Erneut wird in einfacher Abstimmung abgelehnt der Antrag Gothein (frei. Pg.) zu Blatt 7, der den Bedarf von Schiffsmannschaften nicht nur für zwei Tage, sondern für unbegrenzte Zeit zollfrei lassen will.

Neben den Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der den Schiffsbedarf für eine Woche zollfrei lassen will, wird namentlich abgelehnt. In dieser Abstimmung beteiligen sich 216 Mitglieder. Der Antrag wird mit 180 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der in Blatt 10 nicht nur Proben von Kasse, Kakao, Zucker, Rohtabak und getrockneten Früchten bis 350 Gramm, sondern alle Proben von Nahrung- und Genussmitteln bis 350 Gramm zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), wonach in Blatt 11 Kunstdosen außer für öffentliche Kunstsammlungen auch für private Kunstsammlungen, die dem allgemeinen Besuch zugänglich sind, zollfrei bleiben sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 214 Abgeordneten mit 157 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Gothein (frei. Pg.), der auch altertümliche Gegenstände (Antiken, Antiquitäten) für Sammlungen zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), wonach von der Zollfreiheit alle Zugusschiffe (nicht nur Binnenschiffe und Flussdampfer für Zugusszwecke) ausgeschlossen sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 191 mit 149 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Graf Ballerstrem vertraut die nächste Sitzung an auf Dienstag 12 Uhr.

(Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Ein neuer potenziertes Fall Nulenamps.

Der Braunschweiger Landeszeitung wird aus Braunschweig von folgendem empörenden Vorfall berichtet:

Herr Karl Tampe, Inhaber des Braunschweigischen Grundbesitz-Berlehrinstituts, Augustplatz 9 hier, überredet uns mit der Bitte um Veröffentlichung die Abfahrt einer von ihm an den preußischen Justizminister gerichteten Beschwerdeschrift, der wir folgendes entnehmen: „Ich bin von dem Zahlmeister Miyau in Celle wegen brieflicher Beklagerung verklagt worden. Am 17. September morgens 1/2 Uhr sollte Termin beim Amtsgericht Celle stattfinden, den ich veräumte, da ich den Termin auf meinem Abreißkalender irrtümlicherweise falsch notiert hatte. Als ich dieses bemerkte, war es bereits 9 Uhr und ich konnte daher zum Termin nicht mehr erscheinen, sah aber das Amtsgericht Celle unter Angabe des Grundes telegraphisch davon in Kenntnis, da mir ein anderes Mittel nicht zur Verfügung stand. Am 30. September morgens 1/2 Uhr wurde ich, ohne daß mir ein Haftbefehl zugestellt worden wäre, verhaftet, um nach Celle transportiert zu werden. Ich legte telegraphisch dagegen Beschwerde beim Amtsgericht Celle ein unter der Begründung, daß ich Familienarbeiter, Bürger und Grundbesitzer, sowie auch kauftüchtig sei, erhielt aber trotz bezahlter Rückantwort keine Nachricht. Ich wurde nun, ohne etwas genossen zu haben, 12 Uhr 23 Min. — so lange hatte ich mich auf der hiesigen Polizeidirektion aufzuhalten müssen — der sogenannten Gendarmeriekorrespondenz übergeben und in einem Coups mit Verbrennen und zerkrümpt aussehenden Menschen befördert. Anstatt nach Celle, wurde ich zu meinem Entsezen nach Hannover transportiert.

Hier angekommen, wurde ich mit etwa 50 Personen in einen Transportwagen gepackt, der wohl unter normalen Verhältnissen nur für die Hälfte Raum hat, und in das Polizeigefängnis abgeliefert. Dort ging es wüst her. Ein Unterbeamter riß mir, ohne mich vorher zu fragen, den

Knot auf, nahm mir zugleich meinen Hut vom Kopf und warf in ihn die in meinen Taschen gefundenen Sachen hinein; den Hut mit den Utensilien stellte er dann auf einen recht schmutzigen Tisch. Den auf dem Flur im Kreise herumstehenden wurde dann Essen in wenig appetitlich ausschenden Schlüsseln gereicht; ich habe selbstverständlich darauf verzichtet, da für einen gebildeten Menschen schon der Anblick ekelregend war. Bald darauf teilte ich mit einer zerkrümpt ausschenden, wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Person den mir angewiesenen Raum. Hier herrschte ein Duft, der mich fast übel machte. Als Quelle des Gestankes fand ich dann einen in der Ecke stehenden, seit langem nicht geleerten Abort. Mein wiederholtes Klopfen — Klingelzug etc. ist nicht vorhanden — fand kein Gehör.

Gegen Abend, ungefähr um 1/2 Uhr, kamen noch drei, wie ich hörte, zu mehreren Jahren verurteilte, mich anwidernde Personen hinein. Zugleich wurden fünf Strohsäcke, die den Raum vollständig ausfüllten, als Nachtlager herein gebracht. Zu dieser Zeit wurde dann auch der erwähnte Abort auf meinen Hinweis geleert. Was nun durch den Abort entfernt war, entströmte dem Nachtlager. Ich verbrachte die Nacht sitzend auf einer Bank. Früh morgens 5 Uhr sollte ich mit einem Transport nach Celle gebracht werden. Wie jeder civilisierte Mensch, so hatte auch ich das Bedürfnis, mich zu waschen, fand aber hierzu keine Utensilien. Endlich machte mich einer der Anwesenden auf ein in der Ecke stehendes Biersatz (25 Liter) aufmerksam, das gewiß als Waschgerät dienen sollte. Zur Bequemlichkeit stellte ich dieses Gefäß auf die Bank, um dann Toilette zu machen. Das darin befindliche Wasser war total faul. Als ich dieses dem Aufseher mitteilte, erhielt ich zur Antwort, wenn mir das nicht passe, möchte ich mir frisches holen. Es sollte aber noch besser kommen. Kurz vor Abgang des Transportes wurden wir zu zweien aufgestellt und ich mit einem nach Celle ins Buchthaus kommenden Menschen mittels Kette zusammengefasst. Als ich hiergegen Widerspruch erhob und darauf hinwies, ich sei nur wegen Terminversäumnis in Haft genommen, erwiderte der Beamte: „Freundchen, das macht nichts, wir bilden ja geschlossene Gesellschaft!“ So mußte ich mich denn wohl oder übel darin finden und die Fesseln wurden mir erst im Eisenbahnwagen gelöst.

In Celle angelkommen, mußte ich mich vor einem noch jugendlichen Beamten ausziehen und mich sogar des Hemdes, der Schuhe und der Strümpfe entledigen, wie er sagte, um festzustellen, ob ich nicht Hautkrank sei. Als ich mich wieder angeseilt hatte, bat ich, sofort einem Richter vorgeführt zu werden, da ich bereits von Braunschweig aus telegraphisch gegen den Haftbefehl Beschwerde eingereicht hatte. Dieses wurde jedoch zurückgewiesen mit dem Vermerk, die Richter seien jetzt zum Schöffengericht zusammengetreten. Ungeduldig bat ich nun um Schreibmaterial und reichte ein Gesuch schriftlich ein, das ich nachmittags ursprüchlich zurückrieth mit dem Hinzuflügen, daß das Amtsgericht unzuständig sei und die Amt mit der Beschwerde per Eilboten zum Strafzenat Lüneburg gesandt seien; das war am 1. Oktober. Noch am selben Tage telegraphierte ich — auf Anraten des Herrn Amtsgerichtsrats Nöldele — außerdem mit etwa 60 Worten, indem ich Kautionsantrag, nach Lüneburg und bat um Freilassung, erhielt aber, trotz bezahlter Rückantwort keinen Bescheid. Erst am 4. Oktober, nachdem ich noch mehrere Depeschen nach Lüneburg gesandt hatte, wurde mir seitens des Amtsgerichts Celle mitgeteilt, daß meine Beschwerde zurückgewiesen sei. Diese Nachricht wurde von Lüneburg mittels Depesche auf vorhergegangene telegraphische Anfrage des Amtsgerichts gegeben. Die fraglichen Akten mit der schriftlichen Verfügung trafen aber erst beim Amtsgericht Celle am 7., nachmittags um 4½ Uhr, also sieben Tage nach Einreichung meiner Beschwerde von Lüneburg ein.

Inzwischen, am 5., nahm ich mir den Dr. jur. Naumann in Celle als Rechtsbeistand; dieser tat nun für mich die weiteren Schritte und veranlaßte, daß am 8. eine Schöffengerichtsstellung in meiner Sache anberaumt wurde. In diesem Termint beantragte mein Verteidiger, da zwischen mir und dem Bekleidungsläger Miyau ein mit dieser Bekleidungslage eng verbundener Forderungsprozeß in Höhe von rund 40 000 Mk. beim hiesigen Gericht schwelt, die Bekleidungslage so lange auszufechten, bis der erwähnte Prozeß beendet sei und bat außerdem um meine sofortige Freilassung. Ersteres wurde genehmigt, letzteres jedoch verworfen. Nach dieser Theorie hätte ich eventuell noch jahrelang in Haft verbleiben müssen! Mein Verteidiger rief nunmehr die höchste Instanz, das Oberlandesgericht Celle, in meiner Sache um Aufhebung des Haftbefehls an, das dann am nächsten Tage, also am 9., mittags 12½ Uhr, meine sofortige Freilassung verfügte. So war es denn möglich, daß ich wegen Terminversäumnis, trotzdem ich das einzige mir in diesem Falle zur Verfügung stehende Entschuldigungsmittel, die Depesche, angewandt hatte, die in Celle eintraf, als das Schöffengericht noch tagte, 10 Tage in Haft behalten wurde.

Herr Tampe erklärt am Schlusse, daß er wegen dieser Verhaftung, die er unter den obwaltenden Umständen für

ungerechtfertigt halten müsse, Schadenersatz beanspruchen werde.

Selbst die Braunschweiger Landeszeitung, ein Ordensblatt, sagt: „Derartige Zustände sind himmelschreiend und müssen unbedingt abgeschafft werden. Der Fall Tampe ist hundertmal schwerer und empörender als der Fall Nulenamps.“

Aber wieviel ähnliche Fälle mögen unbemittelten Leuten passieren, die nicht in der Lage sind, alle Hebel in Bewegung zu setzen, und die deshalb derartige Folterqualen von Anfang bis zu Ende durchzustehen müssen. Es steht zu erwarten, daß der Schilderung des Herrn Tampe die amtlichen Erklärungen auf dem Fuße folgen.

Über einen neuen, geradezu haarsträubenden Fall, der einer anständigen Frau in Altona passiert ist, berichtet die Frankfurter Zeitung:

In fast unglaublicher Weise ist eine anständige Frau von der Altonaer Polizei behandelt worden. Die Dame, Tochter eines Kommerzienrats in Würzburg und früher in guten Verhältnissen lebend, ist von ihrem Manne verlassen worden und geschieden: sie lebt allein in beschränkten Umständen. Es wurde gegen sie, wie sich später herausstellte, grundlos Anzeige wegen Betriebs erstattet. Sie sollte deshalb zur Vernehmung auf die Polizei gebracht werden. Die mit ihrer Abholung beauftragten beiden Kriminalbeamten erschienen bei der Dame morgens, trafen sie noch in Morgenkleidung, ließen ihr aber nicht Zeit, sich für die Strafe anzuziehen, sondern zwangen sie, mitzukommen. Wegen ihres angeblichen Straubens hierbei wurde gegen sie Anklage erheben, worüber am 7. d. Mts. verhandelt wurde, während die erste Anklage wegen Betriebs zurückgezogen worden war. Bei der Verhandlung erzählte die Dame unter Thränen, wie es ihr auf der Polizei ergangen war. Von einem Polizeiarzt oberflächlich untersucht, wurde sie für gescheitert erklärt und in das städtische Krankenhaus gebracht, und zwar in die Abteilung, in der die erkrankten Prostituierten behandelt werden. Trotzdem sie versicherte, gesund zu sein, wurde sie auch der Kur für frische Frauen unterworfen. Inzwischen hatte der Anwalt, der einen Prozeß um ihr Vermögen für sie eröffnet, von der Verhaftung erkannt, stellte ihren Aufenthalt fest und erhielt im Krankenhaus von dem behandelnden Arzte die Auskunft, daß die Verhaftete völlig gesunden sei. Trotzdem wurde ihre Entlassung aus dem Krankenhaus von der Polizei verweigert auf Grund der ersten Untersuchung des Polizeiarztes. Der Anwalt that alles, was er vermochte, aber erst nach elf Tagen wurde sie aus dem Krankenhaus und gegen eine Kavution von 1000 Mark auch aus der Haft entlassen. Die Kavution wurde bald zurückgezahlt, nachdem die Beschuldigung, wegen deren die Dame elf Tage unter den öffentlichen Toren hatte zu bringen müssen, als unbegründet erkannt worden war. In der ferneren Verhandlung ergab sich, daß auch von einem Widerstand gegen die Staatsgewalt gar keine Rede sein könne. Auf Antrag des Amtsgerichts selbst wurde auf Kosten des Staatsgewalt erkannt, auch die Kosten der Verteidigung beantragte der Verteidiger der Staatskasse aufzuerlegen, weil das jeder Beschreibung spöttende Verfahren der Polizei einen Rechtsbeistand notwendig gemacht habe. Das Gericht erkannte auch diesem Antrage gemäß.“

Der Anwalt beabsichtigt, im Namen seiner Mandantin die Altonaer Polizei wegen widerrechtlicher Freiheitsverbrauung, Beleidigung und Körperverletzung zu verklagen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ein großer Teil der Arbeiter, besonders aber die Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden zeigen trotz aller Anregungen eine staunenswerte Gleichgültigkeit. Auf diese traurige Erfahrung, die man jederzeit machen kann, muß auch gelegentlich der Vorbereitungen für die kommenden Städteverbrennungen hingewiesen werden. Was man erst lästig wieder bei der Bevölkerung der 50 000 Mk. aus dem allgemeinen Steuerhäufel, und auch vordem oft bei anderen Gelegenheiten beobachten konnte, sollte jeden Wähler veranlassen, sich die Kandidaten bei der bevorstehenden Stadtverbrunnenwahl recht genau anzusehen. Wirklich volksfreudliche Kandidaten werden nur von der Sozialdemokratie vorgeschlagen. Unsere Bürgen, die Kleinhandwerker und Gewerbetreibenden und selbst ein großer Teil der Arbeiter sollten darum endlich das Gruseln vor der Sozialdemokratie verlernen. Diese Volkschichten sollten mehr Interesse für die sie betreffenden Angelegenheiten bestimmen. Aber vielmehr wird gar nicht danach gefragt, ob z. B. der Besitzer eines Lokals, dem man durch Vergnügungen etc. das Geld zuträgt, seinen Saal zur Ablösung von Vergnügungen auch nur rein wirtschaftlicher Angelegenheiten zur Verfügung stellt. Der Kampf der Arbeiterschaft um Gewinnung geeigneter Lokale scheitert meist an der Interesslosigkeit einzelner Arbeiter. Die Vergnügungslokale werden in der Regel von Arbeitern besucht, die blind und taub sind für das geistige Leben, das sich neben ihnen abspielt. Die Herren Wirt können leider aber mit Recht immer auf ihre von Arbeitern besuchten Lokale verweisen. Darum Arbeiter Leipzig, legt Eure Gleichgültigkeit beiseite und zeigt auch bei der bevorstehenden Stadtverbrunnenwahl, daß Ihr Eure Interessen nur von Leuten vertreten lassen wollt, die das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, und daß sind die Kandidaten der Sozialdemokratie. H.

Neben anderen Gelegenheitskäufen unter Wert sollen die Winterwaren aus

2 Konkurs-Massen

der Herren- und Knaben-Garderobe-Branche und zwar der Firma J. Katzke & Co., Plagwitz, und der Firma S. Joseph, Dresdener Straße 33, in möglichst kurzer Frist verlaufen werden. — Die Bestände der Konkursmasse S. Joseph kommen

Herren-Anzüge

statt Mt. 12—45

jetzt für Mt. 8—28

Herren-Winter-Paletots

statt Mt. 18—48

jetzt für Mt. 7½—29

Herren-Beinkleider

statt Mt. 3—18

jetzt Mt. 1.50—8.50

Herren-Loden-Joppen

statt Mt. 5.50—20

jetzt für Mt. 3.50—10

Knaben-Paletots und Anzüge

statt Mt. 8—19

jetzt Mt. 1.50—9

Arbeiter- u. Schlossergarderobe

statt Mt. 20 Pf. an.

Leibchen-Hosen

von 50 Pf. an.

Normal-Hemden und -Hosen

statt Mt. 1—8

jetzt Mt. 0.60—1.60

Hosenträger

statt Mt. 1, 1.50, 2—8 (Seide)

jetzt 45, 70, 90 Pf.

Verkaufszeit: 9—1½ und 3—8, Dresdenstraße 33 und Zschochersche Straße 26, Leipzig-Plagwitz.

Achtung! Achtung! Stadtverordnetenwahl.

Donnerstag den 13. November abends 8 Uhr

Partei-Versammlung

im Pantheon, Dresdener Straße.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen.
2. Aufstellung von Kandidaten.

Diskussion zu beiden Punkten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Parteilegitimation.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

Festsaal des Centraltheaters. Sinfonische Vortrags-Abende.

Leitung: Ferdinand Schilser.

VI. Abend Freitag den 14. November 8 Uhr.

Programm: Haydn: Militär-Sinfonie. Gade: Ossian-Ouvertüre. Grieg: Peer Gynt-Suite. Tschalkowsky: Violinkonzert. Hensel: Ballade. Solist: Herr Hans Naumann, Violinvirtuos aus Dresden.

[10009]

Öffentlicher Vortrag

über: Fleischsteuerung und vollwertige Ernährung Mittwoch den 12. November abends 7,9 Uhr im Rosenthal-Saalbau. Danach Diskussion. Hierzu lädt ein [10116] Der Leipziger Vegetarier-Verein.

Naturheilverein L.-Süd (Connewitz).

Mittwoch den 12. November abends 7,9 Uhr in Winters Rosengarten. Vortrag von Herrn Dr. med. Frischl über: Geheimmittel und Geheimmittelschwindel. Besuch willkommen. Eintritt frei. D. V.

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege

Leipzig-Kleinzschocher.

Nachdem der Vorsitzende unseres Vereins Herr Hartung sein Amt als solcher abgibt, haben wir beschlossen, den stellvert. Vorsitzenden Herrn Paul Plünitz, Plagwitzer Straße 56, III., mit der Führung der Vereinsgeschäfte bis zur nächsten Generalversammlung im Januar 1903 zu betrauen.

Der Vorstand.

3. u. Paul Plünitz,stellvert. Vorsitzender, Albert Bauer, Kassierer.

Restaurant u. Frühstücksstube Joh. Wienholtz

Ecke Hospital- und Thalstraße. [19600]

Empfiehlt meine freundlichen Cafés werten Gästen und Bekannten zur geselligen Benutzung. Vormittags warme Süße. Mittagstisch. Jeden Dienstag Schlachtfest. ff. Getränke. Achtungsvoll Joh. Wienholtz.

Kaufmen Sie Homespun- und Filzhüte für Damen und Mädchen

neueste Formen, zu unglaublich fabelhaft billigen Preisen nur in der

Dresdener Stroh- u. Filzhut-Industrie

Leipzig, Brühl 3 (neben der Hainstraße).

Modistinnen erhalten Rabatt.

Kanonell- oder Quintöfen Rohre, Roste, Ofenplatten, Kohlenlasten Wringmaschinen bester Qualität in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt

Alwin Richter, Dresden Str. 36

(neuerbautes Gebäude am Stephanplatz). [19008]

Der kleine Cohn ist wieder da!!

II. Geschäft: Kochstr. 7, direkt am Südpalais.

I. Geschäft: Sebastian Bach-Str. 32

■ Nur in Leipzig der Kaufhaus-Bahr und Hause. [1988]

■ Empfehlungen der kleinen Geschäfte werden hier nicht mehr gegeben.

Bon Herrschaften wenig getragene Kleider, Blusen, Jackets, alles spottbillig. 17 Windmühlenstr. 17, neben Coburger Hof.

Handel-Geschäftsbw. v. b. Neufl. Markt 67

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.
am Markt u. Rathaus. 1000 elegante Herbst- und Winter-
Pakete, jede Größe u. Weite,
Exemplarstücke, die mehr als 50-120 M.
gekostet haben, werden von 15-50 M.
verkauft. Große Auswahl eleganter
Jackets und Rockanzüge, Westeüberzüge zu
solchen Preisen. Auch werden elegante
Träger und Gesellschaftsanzüge verliehen.

Richard Schulze

Lindenau Plagwitz
Nernburger Straße Zschotterstraße 12
Specialgeschäft für Herrenartikel,



Neuheiten in Herrenhüten
Krawatten, Chemisette, Kragen,
Manschetten, Glacé-Handschuhe
Schirme, Stöcke, sowie feine
Lederwaren in großer Auswahl.
Große Auswahl in Regenschirmen.
Bitte meine vier Schaufenster zu
beachten.

Pelzwaren

in großer Auswahl, Muffe u. Güller ic.
in allen Sorten. Aufarbeiten sowie
Umarbeitung aller Pelzwaren.

K. Panzer, Kürschnerei
9676, Dönerstraße 11, III. r.

Kaufmen Sie Ihre [9275] Schuhwaren

nur bei Max Tack

Reichstrasse 33/35
neben dem Reichsmagazin.

Frauenkleid Fran Gossmann,
Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

■ Empfehlung meine Damenbinden

Gummisachen für Massage, Wochen-
und Krankenpflege.

Karl Kloss, Leipzig, Brühl 5.
Haupt-Preisliste verschl. preis. 20 Bdg. Maße.
Damen finden separate Frauenbedienung.

Gelegenheitskauf.

Neue Nähmaschine umständlich, sehr
bill. z. versch. Gutrischer Str. 4, II. I.

■ Empfehlung meine kleine "Excellenz", weil "Excellenz".

Bon Herrschaften wenig getragene Kleider, Blusen, Jackets, alles spottbillig. 17 Windmühlenstr. 17, neben Coburger Hof.

Handel-Geschäftsbw. v. b. Neufl. Markt 67

11. November

Bericht über den Schlachtviehmarkt
auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 10. November 1902.

a) Rindvieh:
404 Rinder und zwar 287 Ochsen, 20 Kalben, 180 Kühe, 107 Wullen;
288 Rinder;
540 Esel Schafwölfe;
1606 Schweine und zwar 1606 deutsche, — aus
2023 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tier- gattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht.
Ochsen:	1. vollleidige, ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	— 74
	2. junge stielige, nicht ausgemästet — ältere aus- gemästete	— 71
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	— 67
	4. gering genährt jeden Alters	— 63
Kalben und Kühe:	1. vollleidige, ausgemästete Kalben höchste Schlacht- wertes bis zu 7 Jahren	— 70
	2. vollleidige, ausgemästete Kühe höchste Schlacht- wertes bis zu 7 Jahren	— 66
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	— 62
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	— 57
	5. gering genährt Kühe und Kalben	— 52
Rinder:	1. vollleidige höchste Schlachtwertes	— 66
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	— 63
	3. gering genährt	— 60
Esel:	1. feinstes Fäst (Festmisch-Fäst) und beste Saugfälber	48
	2. mittlere Fäst und gute Saugfälber	45
	3. geringe Saugfälber	34
Schafe:	1. Wollfleischer und jüngere Wollfleischer	86
	2. ältere Wollfleischer	83
	3. mäßig genährt Hammel und Schafe (Mergelhöfe)	80
Schweine:	1. vollleidige der feineren Massen u. deren Streunungen im Alter bis zu 1½ Jahren	— 66
	2. Stielzige	— 63
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	— 58
	4. ausländische (aus)	—
c) Verkauf:		d) Geschäftsausgang:
447 Rinder u. zwar 108 Ochsen, 20 Kalben, 126 Kühe, 108 Wullen		mittelmäßig
288 Rinder		langsam
476 Schafe		langsam
1570 Schweine		mittelmäßig

Colonadenstr.

34

am Westplatz

finden Sie Vorräthe wie in
keinem anderen Geschäft!

Möbel

in ganzen Einrichtungen,
wie auch einzelnen Stückchen
in allen Preislagen

auf Credit

Die Thellzahlung bestimmt
jeder Käufer selbst.

Hochelgante

Herren-

Garderobe

entzückende

Damen-

Garderobe

in tadeloser Ausführung.

Credit erhält Jeder ohne
Ausnahme. Mein Geschäft
ist als streng reell bekannt,
daher steht Jeder auf
meine einzige Adresse:
Colonadenstr. 34, I,
und einzige Firma:

L. Cohn.

Käufe und Verkäufe.

Spiegel, Spiegel.

Herrlich schöne Trumeaux-Spiegel v.
80 M. an, große Pfeilerspiegel v. 6 M. sind
spottbillig z. versch. Kürschnerei Str. 16, I.

Möbel, Betten, Spiegel, Schränke bill.

z. versch. Plagwitz, Mühlenstr. 81.

3 Gebett z. versch. Bill. abzugsb.

Eberhardstr. 7, part. r., Eko Nordstr.

■ Dauerhafte Bettstellen

mit guten Sprungfedern
matratzen (besse Arbeit) 25 M.

Dresdener Straße 23, Seitengeb. I,
G. Böhlem, Tapetenher, vis-à-vis Pantheon.

Eine gr. Bettstelle m. Federmatte bill.

zu verkauf. Lindenau, Josephstr. 47 b.

Ein Winterüberzieher z. versch. Bill. zu verkauf.

Lauchaer Straße 16, hintergeb. II. r.

Eis. Kochmaschine mit Rohr zu verkauf.

Katharinenstraße 7, IV. I.

8 guterhalt. Eis. Kochöfen bill. zu verkauf.

Niederwolfsdorf, Störnholzer Str. 166.

■ Dauerhafte Bettstellen

mit guten Sprungfedern
matratzen (besse Arbeit) 25 M.

Dresdener Straße 23, Seitengeb. I,

G. Böhlem, Tapetenher, vis-à-vis Pantheon.

■ Dauerhafte Bettstellen

mit guten Sprungfedern
matratzen (besse Arbeit) 25 M.

Dresdener Straße 23, Seitengeb. I,

G. Böhlem, Tapetenher, vis-à-vis Pantheon.

■ Dauerhafte Bettstellen

mit guten Sprungfedern
matratzen (besse Arbeit) 25 M.

Dresdener Straße 23, Seitengeb. I,

G. Böhlem, Tapetenher, vis-à-vis Pantheon.

<p